



Januar 2022

## Gesundheit und Pflege sind keine Waren!



Aktion vor der Zentrale der Marseille-Kliniken am 23.12.: (siehe S. 3).  
Gerald Kemski, Keyvan Taheri, Jörg Schindler, Deniz Celik, Wolfgang Petersen

**Redaktionsschluss** für die Februar-Ausgabe:  
**Freitag, 28.01.2022**

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:  
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,  
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

### Inhalt:

Einladung Mitgliedertreffen	S. 2
Vorstandsnews	S. 2
Marseille enteignen	S. 3
Zur Lage der LINKEN	S. 4
Wofür am 15.1. demonstrieren?	S. 5
Breuer Regierungschef?	S. 8
Corona-Maßnahmen rechtens	S. 9
St. Georg	S. 10
St. Pauli Leerstand und Mieten	S. 11
Goldene Zeiten	S. 12
Parkraumvernichtung?!	S. 13
Termine / Kontakt	S. 14

## Einladung zum Mitglieder- und Delegiertentreffen zur Vorbereitung des Landesparteitags

am 13.01.2022 um 19:00 Uhr in der Alevitischen Gemeinde am Nobistor 33-35

Liebe Genossinnen und Genossen, hiermit lädt Euch der Bezirksvorstand herzlich ein zu einem Mitglieder- und Delegiertentreffen am 13.01.2022 um 19:00 Uhr in den Räumlichkeiten der Alevitischen Gemeinde am Nobistor 33-35, nahe der S-Bahn Haltestelle Reeperbahn. Gegenstand wird die Vorbereitung des Landesparteitags am 21. und 22.01.2022 im Bürgerhaus Wilhelmsburg sein. Schwerpunkte auf dem Parteitag werden „Aufgaben für die LINKE.Hamburg in 2022“ sein und die zweite Stufe des Volksbegehrens „Keine Profite mit Boden und Miete“. Außerdem stehen einige Wahlen an und ein Beschluss zum Finanzplan. Das Materialpaket auf dem Stand vom 23.12.2021 ist hier zu finden:

[https://www.die-linke-hamburg.de/fileadmin/lv/lpt/07\\_02/material/MP001\\_LPT0702.pdf](https://www.die-linke-hamburg.de/fileadmin/lv/lpt/07_02/material/MP001_LPT0702.pdf)

Der Bezirksvorstand ist bei seiner öffentlichen Sitzung am 16.12. dem Vorschlag eines Mitglieds gefolgt, den Antrag eines breiten Zusammenschlusses aus der Mitgliedschaft zu unterstützen bezüglich der „Aufgaben der LINKEN“. Mittlerweile liegt ein Papier aus dem Landesvorstand vor, das jedoch nicht abschließend bearbeitet wurde. Beide Papiere findet ihr im Materialpaket.

Die Frist für Änderungsanträge endet am 14.01. um 17:00 Uhr. Unser Treffen findet offiziell im Rahmen einer erweiterten Vorstandssitzung statt, sodass wir gemeinsame Anliegen aus unseren Reihen beschlusskräftig fassen und an die Landespartei weitergeben können.

Mit solidarischen Grüßen i.A. des Bezirksvorstands,  
Alexander Benthin



### Vorstellung Petra Zepter

Moin!

Ich bin Petra, 38 Jahre alt und ganz frisch bei der Vorstandsarbeit dabei. Ich mache derzeit eine Umschulung zur Kauffrau im Gesundheitswesen, studiere nebenbei Kulturwissenschaften und helfe in einem Projekt für Obdachlose mit. Mir ist es wichtig, in den nächsten zwei Jahren gute Veranstaltungen zur politischen (Weiter-)Bildung und aktuellen Themen zu organisieren, die Strategiedebatte intern voranzutreiben und viel zu lernen, was die Vorstandsarbeit betrifft. Sprecht mich gerne jederzeit an! Ihr erreicht uns derzeit noch alle zusammen unter [vorstand@die-linke-hamburg-mitte.de](mailto:vorstand@die-linke-hamburg-mitte.de), wir hoffen aber bald auch eigene Adressen zu haben.

Einen guten Start in ein Jahr 2022 voller linker Aufbrüche!

### Bemühungen um eine gütliche Einigung

Nach dem eindeutigen Beschluss der Bezirksmitgliederversammlung vom 06.11.2021 trafen sich am 6. Dezember die Fraktion, Vorstand und Tilman Rosenau bei einer Hybrid-Veranstaltung im Landesjugendring, um anstelle einer Kündigung des Fraktionsgeschäftsführers Tilman Rosenau eine gütliche Einigung zu finden. Nach einer dynamischen Diskussion trafen wir gemeinsam die Entscheidung, eine Schlichtungskommission ins Leben zu rufen. Diese besteht aus Vertretern der Fraktion, des Vorstandes sowie der Landesebene und wird ihre Arbeit im Januar aufnehmen. Nach dem Treffen waren alle positiv gestimmt und überzeugt, dass von dieser Kommission ein guter Vorschlag ausgehen kann.

i.A. Petra Zepter und Alexander Benthin



## Vorstellung Kerstin Fremder-Sauerbeck

Hallo alle miteinander,

ich bin Kerstin Fremder-Sauerbeck, das Überbleibsel des letzten Vorstands, nämlich seit 2019 dabei. Ich bin 44 Jahre alt und arbeite als Verwaltungsangestellte an der HAW Hamburg, der größten Hochschule in unserem Bezirk. Dort bin ich auch als Personalrätin teilfreigestellt und in der Gewerkschaft ver.di aktiv. Daneben bin ich als zugewählte Bürgerin stellvertretende Vorsitzende im Regionalausschuss Finkenwerder, im Elternrat der Stadtteilschule Finkenwerder aktiv und für die Partei Delegierte zum Landes- und Bundesparteitag. Bei der Parteilarbeit kommt es mir auf Verständigung und das Zusammenwirken der Akteur\*innen an. In diesem Sinn möchte ich auch im neuen Vorstand wirken und Möglichkeiten der inhaltlichen Diskussion und Verständigung schaffen. Sprecht mich gern mit Euren Anliegen an.

Auf ein kraftvolles und ereignisreiches Neues Jahr!



## Marseille-Kliniken setzen Potsdamer Senior:innen zu Weihnachten auf die Straße – um des Profites Willen



Die SGG – Soziale Grundbesitz Gesellschaft mbH – eine Tochter der Marseille-Kliniken AG hat Ende November diesen Jahres allen 111 Bewohner:innen der von ihr betriebenen Josephinen-Wohnanlage in Potsdam die Mietverträge gekündigt. Bereits bis Ende Januar sollen ein großer Teil der hochbetagten und pflegebedürftigen Senior:innen ihre Wohnungen verlassen. Erst Anfang dieser Woche rühmten sich die MK-Kliniken in den Potsdamer Neuesten Nachrichten, sie würden die Seniorenwohnanlage nunmehr „zügig leerräumen“. Auch den Grund für die Kündigungen hat das Unternehmen nunmehr klar benannt:

die Mieten, die von den Senior:innen gezahlt werden, seien einfach zu niedrig. Über ein Angebot der Stadt Potsdam zum Ankauf der Anlage wollen die MK-Kliniken nicht einmal reden.

Grund genug für uns, Ullrich Marseille vor dem Fest noch einen Besuch abzustatten – in seiner Verwaltungszentrale in Hamburg, Sportallee 1. Wir wollen ihm einen besonderen Weihnachtsgruß überbringen und die „Dankbarkeit“ der betroffenen Senior:innen zum Ausdruck bringen. Dazu werden wir die Weihnachtsgeschichte in

bewegten Bildern auf der Fassade des Hauptsitzes der Marseille-Kliniken AG neu erzählen.

Bescherung war **am 23. Dezember 2021, gegen 16.30 Uhr, in der Sportallee 1 in Hamburg.** Deniz und die AG Senior:innenpolitik waren dabei.

*(Textquelle: DIE LINKE. Brandenburg, Foto Reinhard Schwandt, ver.di)*

## Zwischenruf

### Zum Zustand der Partei die LINKE

## Ein weiter so führt in die Bedeutungslosigkeit

### War da was?

Der dramatische Verlust an Zustimmung bei den BT Wahlen 2021 ist der vorläufige Höhepunkt eines langanhaltenden Trends: Verloren wurde fast überall in allen Regionen und Gruppen. Besonders schmerzhaft: in der organisierten Arbeiterschaft wählten nur noch 6 Prozent die Linke von ehemals 17 Prozent.

Vielfältig sind die Ursachenanalysen, aber geradezu niederschmetternd ist dies: Nur wenige Genoss\*innen suchen die Ursachen bei sich selbst und ziehen Konsequenzen. Wie anders ist es zu bewerten, wenn alle Funktionsträger\*innen fest gefügt an ihren Posten und Mandaten kleben? Wer übernimmt eigentlich in dieser Partei Verantwortung für sein Handeln? Eine Erneuerung wird so nicht gelingen. Auch in der Hamburger LINKEN ist davon nichts zu spüren.

**Stattdessen überwiegen ideologische Selbstvergewisserung**, bestenfalls gut gemeinte Beiträge und Aufrufe nach Solidarität und den Einsatz die Partei (mal wieder) zu verstärken. Auch unsere Bürgerschaftsfraktion übt sich fleißig in parlamentarischer Emsigkeit. Die dezimierte BT Fraktion macht personell weiter wie bisher. Bemühungen, die Kooperation mit den Parteigliederungen zu erneuern sind nicht feststellbar.

Wo finden sich zumindest Diskussionen über die Vorschläge der beiden neuen Vorsitzenden Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow zu ihrem kürzlich veröffentlichten Diskussionspapier „Den Kompass neu ausrichten?“

So ist es nicht verwunderlich, wenn Anträge für den Hamburger Parteitag in jahrelang eingeübter Parteiroutine, bruchstückhaft aktualisiert auf die aktuelle politische Lage, vorgelegt werden. Wen interessieren derartig ritualisierte, langweilige und ideenlose Zusammenkünfte noch? Welchen Gebrauchswert für eine dringend notwendige Verankerung in der Hamburger Gesellschaft bieten solche Versammlungen? Wen repräsentieren die Delegierten noch? Wo finden sich zumindest erste Antworten auf die krisenhaften Entwicklungen verbunden mit Handlungsperspektiven?

**Dieser Parteitag kann abgesagt werden.** Er wird null Dynamik und Impulse in die Partei, geschweige denn in die Stadtgesellschaft produzieren.

### Arbeitsskizze für die Weiterarbeit

Mitglieder Gespräche organisieren, Diskussionsforen mit uns nahestehenden Experten durchführen, mit Organisationen und Initiativen diskutie-

ren, die ähnlichen Ziele verfolgen wie die LINKE. Ziel: Neu lernen, wie eine glaubwürdige, gesellschaftlich präzise LINKE arbeiten kann, um erfolgreich zu sein. Diese Prozesse müssen organisiert, begleitet, dokumentiert und ausgewertet werden.

**Erneuerung ist schmerzhaft.** Personelle und politische Veränderung sind dafür Voraussetzung. Klare Zielstellung, eine starke und geschlossene Führung, die in der Lage ist Ziele in erfolgreiche Kampagnen zu übersetzen bzw. zu organisieren.

Wer die Herzen der Menschen erreichen will, sollte daran arbeiten Sprache, Begriffe, Symbole kurzum: das Profil, den Gebrauchswert der Partei grundlegend zu erneuern. So wie bisher darf es nicht weitergehen! Uneindeutigkeiten, Vielstimmigkeiten, **gemeinsamen** politischer WILLEN sichtbar werden lassen, das muss das Ziel sein.

Aktuelle Themen sind bekannt. Viele Menschen außerhalb der LINKEN sind aktiv.

**Einmischen, wertschätzend dabei sein, ohne Besserwissertum ein lohnendes Ziel schon jetzt. Erfahrungen gibt es zur Genüge.** Gesundheit vor Profite, Bezahlbare Miete vor Rendite, gewerkschaftliche Verankerung und gute Arbeit für eine soziale und ökologische Transformation sind Bereiche in denen die LINKE schon jetzt zu Erfolgen beitragen kann. Einstiegprojekte, die geeignet sind, Eigentums- und Machtverhältnisse aufzubrechen.

**Die Partei Linke ist gescheitert**, eine Neuerfindung wird nur im Kleinen überschaubaren Wirken im Alltag gelingen. Erfolgreiche Beispiele gibt es einige: die Kämpfe des Pflegepersonals an der Charité und Vivantes in Berlin oder die dortige Mieterbewegung für eine Enteignung Deutsche Wohnen und Co. oder das gemeinsame Kämpfen von ver.di und Fridays for Future im öffentlichen Nahverkehr für bessere Tarife.

**Klar ist aber auch, eine glaubwürdige alternative Erzählung zum gegenwärtigen Kapitalismus** zu entwickeln ist für eine LINKE (über)lebensnotwendig. Es ist Aufgabe der LINKEN diesen Prozess gemeinsam mit fortschrittlichen Kräften anzupacken.

Jetzt.

Zum Lesen:

Wissler, Hennig-Wellsow

„Den Kompass neu ausrichten. Aufgaben für die LINKE nach der Bundestagswahl“

Berno Schuckart-Witsch



## Am 15. Januar: Wofür demonstrieren?



Ich habe mir die drei von der „Querdenker“-Bewegung in Hamburg organisierten Demonstrationen im Dezember angesehen. Sie haben im Laufe des letzten Monats gewaltigen Zulauf erfahren, zuletzt waren es nach Polizeiangaben 11.500. Auch wenn kein kleiner Teil der Demonstrierenden aus Nordniedersachsen und Schleswig-Holstein angereist war: Die Mobilisierungskraft der „Querdenker“-Bewegung ist sehr viel größer, als ich bis dahin angenommen hatte. Wucht hat sie zuletzt vor allem durch die Diskussion über die Einführung einer Corona-Impfpflicht bekommen.

*Die Wirmer-Fahne, kennt vielleicht nicht jede:r*



Man kann für Hamburg nicht sagen, was für die Aufmärsche im Osten

vielfach bezeugt ist, nämlich dass sie von Nazis geprägt und geführt werden. Die Zusammensetzung der Hamburger Demonstrationen ist sehr viel heterogener. Eher prägen bürgerliche Kräfte

das Bild, und es gibt nicht wenige Teilnehmer:innen, die man in alternativen Milieus verorten kann. Sie alle aber laufen Seite an Seite mit Nazis, mit den ihre einschlägigen Wirmer-Fahnen\* schwingenden Reichsbürger:innen, AfDler:innen, antisemitischen Holocaust-Leugner:innen mit gelbem Stern auf Armbinden ... also erkennbar (extrem) Rechten, ohne Anstoß zu nehmen oder sich gar zu distanzieren.

Es stellt sich also die Frage, was diese unterschiedlichen Kräfte verbindet? Nach meinem Eindruck vor allem zweierlei. Zum einen der Hang zu Verschwörungserzählungen. Viele Plakate z.B. warnen auf den Demonstrationen vor dem „Great Reset“, also angeblichen Weltherrschafts- und Vernichtungsplänen einer mächtigen finanziellen und politischen Elite, die die Pandemie für einen „Neustart“ nutzen wollen. Die Neigung zu Esoterik, die gerade auch in grün- und linksalternativen Szenen nicht selten ist, macht anfällig für solche und ähnliche Verschwörungserzählungen. Zum anderen ist ein ausgeprägt egozentrisches Verständnis von Freiheit festzustellen, ein Verständnis, das keine Rücksicht auf andere kennt. Mich erinnert diese Mentalität an die Parole „Freie Fahrt für freie Bürger“, mit der in den 1970er Jahren erst der ADAC und bis heute die FDP gegen jedes Tempolimit zu Felde zieht, die Verkehrstoten, die zu Opfern solch „freier Fahrt“ werden, bedenkenlos und zynisch in Kauf nehmend. Im Laufe des Dezember hat nicht nur die Zahl der in Hamburg demonstrierenden Corona-Leugner:innen und Impfgegner:innen zugenommen, sondern auch ihre Radikalisierung.

Vor diesem Hintergrund hat das Hamburger Bündnis gegen Rechts die Initiative zu einer **Gegendemonstration am 15.1.** ergriffen, die von weiteren Organisationen, Gruppen und Einrichtungen unterstützt wird. Bei dieser Demonstration geht es darum, zwei zentrale linke Bezugspunkte stark zu machen, die uns auch im Kampf gegen die Pandemie, in der Kritik der staatlichen Gesundheitspolitik und ihres Versagens und in der Auseinandersetzung mit der sich radikalisierenden Bewegung der „Querdenker“ und Impfgegner:innen leiten (sollten!): **Solidarität und Aufklärung.**

Christiane Schneider (*auch Fotos*)

Im Folgenden der Aufruf:

**Solidarität und Aufklärung statt Verschwörungsideologien**

Die Corona-Pandemie hat die Welt seit fast zwei Jahren fest im Griff. Bis heute (14. Dezember 2021) sind allein in der BRD über Hunderttausend an oder mit dem Virus verstorben, und täglich werden es mehr. Die Inzidenzen der Neuinfektionen sind anhaltend hoch, ein starker Rückgang oder gar ein Ende der Pandemie ist nicht abzusehen. In einigen Bundesländern sind die Krankenhäuser und vor allem deren Intensivstationen überfüllt, eine Triage findet dort statt, lebensnotwendige Behandlungen und Operationen müssen verschoben werden, das ärztliche und pflegerische Personal ist ausgelaugt, viele Beschäftigte aus der Pflege haben inzwischen gekündigt. Während die Menschen, die täglich gegen die



Pandemie ankämpfen, dringend Unterstützung und Solidarität benötigen, gehen in mehreren Städten Verschwörungsideolog\*innen, Corona-Leugner\*innen und Impfgegner\*innen auf die Straße, die nicht nur diese Solidarität verweigern, sondern aktiv zu Rücksichtslosigkeit und Gewalt aufrufen.

In Hamburg finden solche Demonstrationen seit Mitte Oktober 2021 jeden Samstag statt, in den letzten Wochen stieg die Zahl der Teilnehmer\*innen auf ca. 10.000 an. Auf diesen Versammlungen wird die Gefahr von Covid-19 verharmlost oder die Pandemie gleich ganz geleugnet, und viele Teilnehmer\*innen sind überzeugte Anhänger\*innen von Verschwörungsideologien. Die Weigerung, eine Maske zu tragen, gilt dort als identitätsstiftend, Mindestabstände werden bewusst nicht eingehalten. Superspreader-Events von großem Ausmaß sind gewollt oder ungewollt die Folge. Bei diesen Versammlungen werden irref[Wecken Sie das Interesse Ihrer Leser mit einem passenden Zitat aus dem Dokument, oder verwenden Sie diesen Platz, um eine Kernaussage zu betonen. Um das Textfeld an einer beliebigen Stelle auf der Seite zu platzieren, ziehen Sie es einfach.]

ührende und unwissenschaftliche Behauptungen über Ursache, Verlauf und Auswirkungen der Pandemie verbreitet. Statt eines solidarischen

Verhaltens gegen die Ausbreitung von Covid-19



und zum Schutz von Menschenleben werden ausgrenzende Schuldzuweisungen und Sündenböcke propagiert. Dabei sind viele der ständig wiederkehrenden Verschwörungserzählungen im Kern antisemitisch. Schon seit Jahrhunderten wurden Jüd\*innen für angebliche Brunnenvergiftung und Kindesmorde sowie für Seuchen verantwortlich gemacht. Machen die einen Corona-Leugner\*innen heute Rothschild, Bill Gates oder George Soros für die Pandemie verantwortlich, so relativieren andere den Holocaust, wenn sie sich mit gelbem Stern auf der Brust als angeblich verfolgte Impfgegner\*innen inszenieren. Grenzen sie sich einerseits vehement von der vermeintlichen „Lügen-Wissenschaft“ und den „Lügenmedien“ ab, so sind sie andererseits weit offen für (organisierte) Neonazis, Reichsbürger\*innen, AfD- sowie NPD-Mitglieder, die seit Beginn der ‚Proteste‘ fester Bestandteil der Mitmarschierenden sind.

Inzwischen hat die Radikalisierung auch in der Mitte der Verschwörungsgläubigen erheblich zugenommen. Während sie „Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung“ für sich einfordern, drohen einige von ihnen mittlerweile mit offener Gewalt. Aus der Masse der radikalisierten Verschwörungsideolog\*innen heraus wurden in Deutschland bereits ein Mord sowie diverse Anschläge auf Impfzentren und andere medizinische Einrichtungen begangen. Zudem kommt es regelmäßig zu Angriffen auf Medienvertreter\*innen und Gegendemonstrant\*innen. Auch in Hamburg zeigen die Übergriffe in der Apotheke am Pferdemarkt, die Angriffe auf Mitarbeiter\*innen eines Testzentrums und auf Journalisten am Rande der Demos, dass die Radikalisierung der Verschwörungsideolog\*innen längst die Schwelle zur Gewalt über-



schritten hat. Es wird Zeit, dass wir uns diesen rechten, verschwörungsideologischen „Protesten“ in den Weg stellen und deutlich machen, dass wir nicht schweigend zusehen, wenn durch Rücksichtslosigkeit und Gewalt das Leben von Menschen bedroht wird.

Unsere Geduld ist am Ende. Seit Beginn der Pandemie helfen wir diese zu überwinden - als unterstützende Nachbar\*innen, als Wissenschaftler\*innen, als Aktivist\*innen, als Pflegekräfte und Ärzt\*innen, als Eltern und Angehörige. Wir lassen uns impfen. Wir tragen Maske und halten physischen Abstand, wo nötig. Wir entlarven und widerlegen Fake News und klären über antisemitische und rassistische Verschwörungsmythen auf. Wir kritisieren eine Corona-Politik, die den Pflegenotstand verschlimmert statt verbessert und der Radikalisierung von Verschwörungsideolog\*innen keinen Einhalt gebietet. Wir kritisieren, dass bei Eingriffen in die Grundrechte häufig die Verhältnismäßigkeit nicht gewahrt und die Hamburger Regierung wie am 1. Mai mit willkürlichen Demonstrationsverboten gegen Linke auffährt, während den Coronaleugner\*innen alles genehmigt wird. Es wird Zeit, dass wir den egozentrischen, wissenschafts- und demokratiefeindlichen Verschwörungsideolog\*innen eine klare öffentliche Absage erteilen und unsere Forderung nach einem echten solidarischen Umgang mit der Pandemie auf die Straße tragen!

### **Die Corona-Krise können wir nur solidarisch lösen**

Solange sich nicht ausreichend viele Menschen gegen das Corona-Virus impfen, wird die Pandemie weiter gehen, wird die nächste Welle kommen, die nächsten 100.000 in Deutschland sterben und weitere Corona-Maßnahmen die gesamte Gesellschaft treffen. Deshalb rufen wir alle Menschen dazu auf, sich impfen zu lassen. Dieser Ruf gilt weltweit. Die Impfpatente müssen freigegeben werden, damit alle Menschen vor der Pandemie geschützt werden können. Die Krise kann nur mittels weltweiter Solidarität gelöst werden.

Solidarisch sein, heißt für uns auch eine dringend notwendige Unterstützung der Krankenhäuser und vor allem des Pflegepersonals. Unmittelbar bedeutet dies, durch flächendeckende Impfungen schwere Krankheitsverläufe und Intensivbehandlungen möglichst zu verhindern. Und mittelfristig ein Finanzierungssystem des Gesundheitswesens, dass Einsparungen, Fusionen, Krankenhausschließungen und Gewinnmaximierung beendet und den Pflegeberuf mit angemessener Bezahlung und Personaluntergrenzen wieder attraktiv macht.

### **Die soziale Frage bleibt aktuell**

Die Ungleichheit zwischen Arm und Reich ist durch die Pandemie und die staatliche Corona-Politik verschärft worden. Die Querdenker\*innen verfolgen jedoch nur noch ihre eigenen, sehr persönlichen Interessen. Wir alle leiden sozial, wirtschaftlich und kulturell seit fast zwei Jahren unter den Corona-Maßnahmen. Doch Menschen mit geringem Einkommen leiden unter der Pandemie am meisten, haben keine oder kleinere Wohnungen, schlechteren Zugang zum Gesundheitswesen und weniger finanzielle Rücklagen. Deshalb sagen wir schon jetzt, nicht diese sollen für die Krise zahlen.

*Einige Gegendemonstranten gab es auch jetzt schon ...*

Zusammen mit Gewerkschaften, demokratischen Initiativen aus dem Gesundheitsbereich und vielen anderen zivilgesellschaftlichen Organisatio-



nen müssen tatsächliche solidarische Perspektiven diskutiert und durchgesetzt werden. Das bedeutet auch, dass berechtigte Kritik an den bisherigen Maßnahmen der politisch Verantwortlichen geäußert werden muss, insbesondere wenn Personengruppen wie z.B. Geflüchtete und Obdachlose schutzlos bleiben oder weiterhin auf Impfpatente und wirtschaftliche Interessen in der Pandemie gesetzt wird. Die Corona-Krise hat auch die soziale Krise verschärft. Deshalb sagen wir, auch an die samstäglichen Impfgegner\*innen, gerichtet:

Impfverweigerung und Verschwörungsdenken lösen die Krise nicht, sondern verschärfen sie. Nur mit wissenschaftsbasierter Aufklärung und Solidarität kommen wir aus der Corona-Pandemie.

Für eine solidarische Gesellschaft.

## General Carsten Breuer unser neuer Regierungschef ?

Jetzt schlägt es 13! Im Krisenstab sitzt tatsächlich ein General der Armee. So etwas kennt man eigentlich nur aus Filmen, die in Hollywood gedreht wurden. Oder aber in Schwellen- und Entwicklungsstaaten wie z.B. in Südamerika, Mittelamerika, Afrika, Asien. Muss ich mir jetzt ernsthaft Sorgen machen? Dass die Bundeswehr für zivile Aufgaben eingesetzt werden darf, ist mir bekannt, wie etwa bei Überschwemmungen und Katastrophen. Aber in einem Krisenstab wie dem Covid-Krisenstab, finde ich das politisch sehr bedenklich. Die Bundeswehr ist eine Armee zur inneren Verteidigung und nicht um als Exekutive eingesetzt zu werden. Aber man sieht ja, dass wir seit September 2021 nach der Bundestagswahl, aufgrund des Wahlergebnisses keinerlei stabile einzelne Mehrheiten mehr erreicht haben bei den Parteien, die sich zur Wahl aufstellten. Wenn es so weitergeht, dann aber „Gute Nacht“. Ist das der Spannungsfall aus Art. 87a GG i.V.m. Art. 91 GG? Ein Verteidigungsfall aus Art. 115a GG bis Art. 115l GG liegt noch nicht vor. Aber wohl eine Art Spannungsfall aus Art. 80 a GG etwa als Vorstufe aufgrund der Pandemie?

Bei der Verwendung der Bundeswehr im Inneren sind nach dem Grundgesetz zwei Fälle zu unterscheiden. Der erste Fall ergibt sich im Zusammenhang mit der vordringlichen Aufgabe der Streitkräfte, d.h. bei ihrem **Einsatz im Verteidigungs- oder Spannungsfall** nach Art. 115a Abs. 1 S. 1, Art. 80a Grundgesetz (GG). In einem solchen Fall darf die Bundeswehr **auch zur Wahrnehmung bestimmter Aufgaben im Landesinneren** herangezogen werden (Art. 87a Abs. 3 GG). Sie ist dann befugt, zivile Objekte zu schützen und Aufgaben der Verkehrsregelung wahrzunehmen.

Der zweite Fall betrifft die **Verwendung der Bundeswehr im Inneren**, wenn **kein Verteidigungs- oder Spannungsfall** vorliegt. Hier gilt nach Art. 87a Abs. 2 GG ein **strenger Verfassungsvorbehalt**, nach dem die Streitkräfte außerhalb der Verteidigung nur eingesetzt werden dürfen, soweit das Grundgesetz es ausdrücklich zulässt. Die Besetzung des Krisenstabs mit Ge-

neral Breuer ist kein Verteidigungsfall und auch kein Spannungsfall, sondern vielmehr eine **Verwendung der Bundeswehr im Inneren** nach Art. 87a Abs. 2 GG, wenn **kein Verteidigungs- oder Spannungsfall** vorliegt. Dieses trifft hier auf die Pandemie zu. Dazu gehören: Erstens, die Verwendung der Bundeswehr unterhalb der Einsatzschwelle als **Amtshilfe** (Art. 35 Abs. 1 GG), zweitens, der Einsatz oberhalb der Einsatzschwelle zur **militärischen Bekämpfung nichtstaatlicher Gegner der freiheitlichen Ordnung** (Art. 87a Abs. 4 GG) und drittens, ebenfalls oberhalb der Einsatzschwelle die Unterstützung der Polizeikräfte durch die Bundeswehr bei einer **Naturkatastrophe oder einem besonders schweren Unglücksfall** (Art. 35 Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 GG). Im aktuellen Fall der Pandemie von 2021 liegt eine die Verwendung der Bundeswehr unterhalb der Einsatzschwelle als **Amtshilfe** (Art. 35 Abs. 1 GG) vor. General Breuer leistet Amtshilfe aus Art. 35 I GG im Krisenstab. Die Bundeswehr leistet hierbei als Behörde der Exekutive eine Amtshilfe nach Art. 35 I GG im Krisenstab. Unser Glück ist der Schutz durch das Grundgesetz und die darin verankerte Gewaltenteilung nach Art. 20 GG.

Im Rahmen der **Amtshilfe** (erster Unterfall) dürfen die personellen und sächlichen Ressourcen der Streitkräfte genutzt werden (Art. 35 Abs. 1 GG), soweit dies **unterhalb der Einsatzschwelle** bleibt (z.B. rein technisch-unterstützende Funktionen bei Luftzwischenfällen, vorübergehende Bereitstellung von technischen Geräten oder Bundeswehrkasernen). Die **Einsatzschwelle** und damit eine nach Art. 35 Abs. 1 GG zulässige Amtshilfe wird nach Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts allerdings **überschritten**, wenn das Droh- und Einschüchterungspotential militärischen Auftretens ausgenutzt werden soll. General Breuer darf hiernach nur zivile logistische Unterstützung durch die Armee leisten wie z.B. die Bereitstellung von Notkrankenhäusern und Krankenhäusern der Bundeswehr, wenn zivile Krankenhäuser überlastet sind

**Roberto Perez Hagen**

---

### Quellen:

- Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.02.2006, BVerfGE 115, 118 ff.
- Plenarbeschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 03.07.2012, BVerfGE 132, 1 ff.
- Hölscheidt/Limpert, Einsatz der Bundeswehr innen und außen, JA 2009, 86 ff.
- Weißbuch 2016 der Bundesregierung, Zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr



## Rechtsstaat erlaubt Ausnahmezustände 20/21 wegen Covid 19

Auch wenn die Verfassungsbeschwerden betreffend Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen im Vierten Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite („Bundesnotbremse“) erfolglos blieben, müssen wir als Opposition zukünftig wachsam bleiben.

Die Pressemitteilung Nr. 101/2021 vom 30. November 2021 und der Beschluss vom 19. November 2021 BverfG mit den Teilbeschlüssen: 1 BvR 781/21, 1 BvR 889/21, 1 BvR 860/21, 1 BvR 854/21, 1 BvR 820/21, 1 BvR 805/21, 1 BvR 798/21 legt offen, dass durch das Infektionsschutzgesetz quasi über Nacht mit entsprechenden Bundestagsbeschlüssen notstandsähnliche Zustände jederzeit eintreten können. Der Schutz des Lebens und der Gesundheit Art. 2 GG steht so nun über den restlichen Grundrechten. Alle Maßnahmen waren rechtmäßig, so die neue Leitsatzentscheidung des BverfG. Da ja die Rechtsverordnungen nach Art. 80 GG zeitlich befristet galten, waren diese Grundrechtseingriffe rechtmäßig und verhältnismäßig. Allerdings führte es nun in Sachsen zu Unruhen, als ein Aufmarsch zum Haus der sächsischen Gesundheitsministerin stattfand. Diese Pandemie hat doch tatsächlich dazu geführt. Es gibt dafür unzählige Gründe aufzuzählen. Es reisen weltweit immer mehr Menschen, wesentlich mehr als früher. Die Rechtsweggarantie des Art. 19 IV GG ermöglichte zwar den Betroffenen vor Gericht zu ziehen, jedoch entschied letzten Endes jedoch das BverfG in Karlsruhe, dass alle Grundrechtseinschränkungen zulässig waren. Solche Zustände waren bislang nur bei einem möglichen Spannungsfall oder Krieg vorgesehen, durch die Notstandsgesetze von 1968. Diese Pandemie scheint so schnell nicht vorüber zu gehen. Es sind nun knappe 2 Jahre in denen wir uns damit auseinandersetzen müssen. Aber nun ist der Punkt erreicht, dass dieser Zustand immer mehr Menschen auf den Sender geht. Es hat die Bundesrepublik auf eine harte Probe gestellt. Offenbar hat unser Grundgesetz schlimmeres verhindert. Viele Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie haben zu einer Einschränkung der Grundrechte geführt. In der Geschichte der Bundesrepublik ist dies ein einmaliger Vorgang. Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach sogar von einer „Zumutung für die Demokratie“ Die gegenwärtigen Einschränkungen der Grundrechte gehen weit, aber gehen sie zu weit bzgl. der Güterabwägungen? Verfassungsjuristen betonen, die Abwägung der Verhältnismäßigkeit der Ein-

schränkungen aus Art. 20 GG bemesse sich daran, wie lange sie aufrechterhalten werden. Auch hier geht es um eine Güterabwägung: auf der einen Seite das individuelle Recht des Einzelnen auf seine Grundrechte, auf der anderen Seite das Allgemeinwohl, in diesem Fall also die Gesundheit der Bevölkerung. **Drei Aspekte stehen dabei im Zentrum:** Sind die getroffenen Maßnahmen **geeignet**, um die Pandemie zu begrenzen? Sind sie **erforderlich** und sind sie **zumutbar**? Die letzte Frage dürfte die umstrittenste sein. Prominente Verfassungsjuristen betonen, dass die Bundesregierung im Moment bis an die rechtsstaatlichen Grenzen gehe, aber eben nicht darüber hinaus. Sie befürchten jedoch auch, dass der Rechtsstaat Schaden nehmen könnte, falls die Einschränkungen länger als notwendig beibehalten werden.

Wird beispielsweise die Einschränkung der Bewegungsfreiheit eines infizierten und damit ansteckenden Menschen aufgewogen durch die Tatsache, dass damit die Ansteckung anderer Menschen verhindert wird? Was hat hier also Vorrang: Der Schutz des Lebens und das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit (verbrieft in Art. 2 des Grundgesetzes), oder besteht die Möglichkeit, dass es durch die Einschränkung der Bewegungsfreiheit für Betroffene zu noch schwereren Verletzungen anderer Rechte kommt? Wie weit darf staatlicher Zwang gehen angesichts Art. 1 des Grundgesetzes, wonach die Würde des Menschen unantastbar ist? Dieser Artikel 1 ist ein ganz besonderes Grundrecht, weil es keine Ausnahmen zulässt. Aber wird nicht die Würde eines alten Menschen in einem Pflegeheim angetastet, wenn er in unfreiwilliger Isolation sterben muss, ohne von Angehörigen besucht werden zu können? Art. 2 GG und Art. 1 GG stehen sich hierbei gegenüber. Da Art. 1 GG nicht einschränkbar ist, ist dieser durch Art. 20 GG und Art. 79 GG geschützt. Während der Pandemie kam es hierbei zu Problemen. <https://freiheitsrechte.org/corona-und-grundrechte/>  
<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/diese-grundrechte-wurden-wegen-corona-eingeschraenkt-100.html>  
<https://www.tagesschau.de/inland/corona-grundrechte-101.html>  
<https://www.tagesspiegel.de/politik/rechtsexpertin-ueber-einschraenkungen-in-der-krise-im-herbst-werden-die-laender-das-heft-des-handelns-in-der-hand-halten/27407956.html>

**R.Perez H. Hagen**

## St. Georg: Solidarität mit den Pflegenden und mehr

Die BO St. Georg ist seit Mitte 2021 wieder live und in Farbe aktiv. Lange hatte uns das Virus lahmgelegt, relativ niedrige Infektionszahlen und der anstehende BT-Wahlkampf erlaubten bzw. erforderten wieder reale Treffen. Waren wir es sonst gewöhnt, uns mit 5 – 8 Genoss\*innen zu treffen, so waren es im Juni plötzlich 17. Und die wollten diskutieren und auch ganz praktisch Wahlkampf machen. Das taten sie dann auch, einige Schwerpunkte des Wahlprogramms wurden intensiver diskutiert, unsere 15 geplanten Infostände konnten bis auf einen alle stattfinden. Auch Haustürwahlkampf fand in St. Georg zum ersten Male statt.

Bei den folgenden Treffen, z.T. in 14 Tagen Abstand, war es regelmäßig voll, kein Problem, solange wir uns draußen vor der Geschichtswerkstatt treffen konnten. Aber im November war es dann gefühlt allzu eng im Innenraum, so dass wir das Dezembertreffen zu den Nachbar\*innen von der LAB verlegten.

Zum Glück hat das Wahlergebnis zwar Diskussionsbedarf, aber keinen Frust ausgelöst. Die Gruppe will aktiv bleiben und bleibt es auch. Im Dezember diskutierten wir den **Pflegenotstand** in den Krankenhäusern mit Kirsten Rautenstrauch und Berno Schuckart-Witsch. Klar ist, dass Gesundheit keine Ware ist und auch nicht so behandelt werden darf, Krankenhäuser gehören (zurück) in öffentliche Hand und die Pflegenden brauchen mehr als Beifall vom Balkon. Nämlich eine angemessene Bezahlung und vor allem Arbeitsbedingungen, die nicht zur Massenflucht aus dem Beruf führen. Daraus folgte eine ganz praktische Aktion am 23. Dezember(!) vor dem AK St. Georg, wo wir einen Soliflyer nebst Schokoweihnachtsmann verteilten. Überwiegend positive Reaktionen, alle waren warm genug angezogen, nur das Schneetreiben am Ende hätte nicht unbedingt sein müssen.

Damit ist das Thema Gesundheit aber natürlich nicht abgehakt für uns. Das ganze „System“ von Fallpauschalen über fehlende Hausärzte bis Pharmaindustrie gehört auf den Prüfstand. Das werden wir demnächst mit VertreterInnen der LAG Gesundheit diskutieren.

Für das nächste Treffen haben wir Michael Joho (St. Georger und Referent bei Heike Sudmann)



*5 von 10 Menschen, die am 23.12. im Einsatz waren; v.l. Berno, Steffen, Bernhard, Deniz, Nora*

zum Thema **Mietenspiegel** eingeladen. Der ist ja gerade frisch veröffentlicht mit unerhörten Steigerungsraten. Auch da geht es ums Prinzip, was bildet der Mietenspiegel eigentlich ab? Und wem nützt er vor allem? Ist die Mietpreisbremse ein Erfolg? Was spricht gegen einen Mietendeckel für Hamburg?

Ich gehe davon aus, dass auch daraus wieder eine praktische Aktion erwächst.

Das Thema ist aber größer. Hier in Hamburg stehen wohl in absehbarer Zeit die Volkbegehren „Keine Profite mit Boden und Miete“ an, dazu werden wir uns schlau machen. Und es gilt auch, die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag der Ampel zu bewerten. Schritte in die richtige Richtung oder Kurieren am Symptom?

Es bleibt spannend, und wir werden gemeinsam mit Initiativen und Organisationen aus dem Stadtteil weiter präsent sein, auch ganz ohne Wahlkampf(getöse).

Bernhard Stietz-Leipnitz



## St. Pauli: Eklatantes Versagen des Senats im Kampf gegen Wohnungsleerstand

Bei dem seit 2015 leerstehenden Wohn- und Gewerbegebäude in der Detlev-Bremer-Straße 25-27 bestätigt sich nach der Kundgebung vom 7. Dezember von „Mieter helfen Mietern“ und den Initiativen „St. Pauli Code Jetzt“ und „St. Pauli selber machen“ das Versagen des Senats. Aus einer Antwort des Senats auf eine Anfrage der Linksfraktion (Drucksache 22/6722\*) geht hervor, dass der Senat nicht tätig geworden ist, um den jahrelangen Leerstand zu beenden oder wenigstens Zwischenvermietungen durchzusetzen.

Die Untätigkeit des Senats macht fassungslos. Da hilft das beste Wohnraumschutzgesetz nichts, wenn die Behörden keinen Druck bei jahrelangem Leerstand machen. Umfangreiche Planungsab-sprachen sollen angeblich die Sanierungsarbeiten in die Länge gezogen haben. Doch fünf Jahre lang, bis zum November 2020, habe es gar keine Planungen gegeben, die den Behörden vorgelegt wurden (s. Frage 6). Bautätigkeiten, die in einen Zusammenhang mit Sanierung gebracht werden können, haben weder Anwohner:innen noch Interessierte feststellen können. Besonders übel ist dieses Versagen des Senats mit Blick auf den Wohnraum, der vernichtet wird. Aus 26 günstigen Wohnungen werden jetzt 32 freifinanzierte Mikroappartements zwischen 18 und 30 Quadratmeter Größe. Jede:r weiß, dass solche Wohnungen auf St. Pauli zu irrsinnigen Quadratmeterpreise ab 20 Euro nettokalt vermietet werden. Das wir hier in einem sozialem Erhaltungsgebiet sind, wo die

## Mietenspiegel: Deutlicher Anstieg ist Klatsche für Wohnungsbau-politik des Senats

Heute wurde der neue Mietenspiegel für Hamburg in der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen in einem Pressegespräch vorgestellt. Demnach weist der Mietenspiegel 2021 mit 7,3 Prozent gegenüber 2019 die höchste Mietensteigerung seit Beginn der SPD-Senatsführung in Hamburg aus. Für den Stichtag 1. April 2021 liegt die durchschnittliche Nettokaltmiete bei 9,29 Euro. Das sind 63 Cent mehr als bei der letzten Erhebung zwei Jahre zuvor.

„Der höchste Mietenanstieg seit 2011 zeigt, dass die ‚konsequente Wohnungsbaupolitik‘ des Senats konsequent in die falsche Richtung geht“, sagt **Heike Sudmann**, wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft. Wer zehn Jahre lang weit über 70 Prozent teure freifinanzierte Wohnungen und noch teurere Eigentumswohnungen baut,

Bewohner:innen vor Verdrängung geschützt werden sollen, interessiert den Senat nicht die Bohne.



In Berlin wurde vor wenigen Tagen zum ersten Mal leerstehender Wohnraum (in der Habersaathstraße) beschlagnahmt, um dort Obdachlose unterzubringen. Da muss also auch in Hamburg was gehen.

Heike Sudmann (auch Foto)

\*Die Drucksache 22/6722 ist in der Parlamentsdatenbank <https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/> zu finden. Einfach den Reiter „Dokumentenummer“ anklicken und dann „6722“ eingeben

brauche sich nicht zu wundern, wenn die Mieten unaufhörlich steigen. Vor zwei Jahren habe Senatorin Stapelfeldt noch frohlockt und den damaligen relativ niedrigen Anstieg der Durchschnittsmiete um 2,6 Prozent (22 Cent) gegenüber 2017 als Ergebnis der „konsequente(n) Wohnungsbaupolitik“ des Senats bezeichnet. **Heike Sudmann:** „Statt schwache Ausreden zu suchen, muss der Senat endlich Vernunft annehmen. Weg von den teuren Wohnungen, hin zu erheblich mehr öffentlich geförderten Wohnungen. Es rächt sich bitterlich, dass SPD und Grüne im Bund in der Ampelkoalition ihr Wahlversprechen eines Mietenstopps gebrochen haben. Ganz abgesehen davon, dass gerade die Hamburger Senatskoalition immer wieder gegen den Berliner Mietendeckel gewettert hat und dabei auf die offensichtlich wirkungslose ‚Mietpreispbremse‘ setzt. ... (PM vom 14.12.)

## Goldene Zeiten -

### Volksinitiative gegen Rüstungsexporte gibt erfolgreich 16442 Unterschriften ab

Am 14. Dezember hat die „Volksinitiative gegen den Transport und Umschlag von Rüstungsgütern über den Hamburger Hafen!“ die erste Sammelphase abgeschlossen und im Rathaus 16442 Unterschriften übergeben.

Der Übergabe vorangegangen war ein bunter Demonstrationzug und eine Kunstperformance unter dem Motto „Jede Unterschrift ist Gold wert“. TrägerInnen der Kampagne sind mit BündnispartnerInnen u.a. von ver.di, DGB, GEW, Lampedusa, BoB, Hamburger Forum, Attac, Zukunftsrat, Greenpeace, Seebrücke, DFG/VK, IPPNW Gastredner:innen quer durch die Innenstadt, vom Hansaplatz bis zum Rathausmarkt, gezogen und haben aus jeweils spezifischen Blickwinkeln engagiert die Forderung nach einem zivilen Hafen bekräftigt und gemeinsam die Botschaft in die Welt gerufen: „Hamburg wird als Mittlerin für den Frieden in der Welt endlich seiner Aufgabe gerecht. Der Hamburger Hafen ist ausschließlich für zivile Zwecke da. Erinnerung dich, Mensch!“



Wohnungsbau, Bildung, Gesundheit, Umwelt usw. investiert wären.

Die „Ampel-Regierung“ verspricht wie ihre Vorgänger eine restriktive Genehmigungspraxis und ein Rüstungsexportkontrollgesetz – und hetzt gleichzeitig gegen China und Russland und feuert das gefährliche Säbelrasseln weiter an. Der Hamburger Senat meint opportunistisch, dagegen könne man in Hamburg – als Mitglied von „Mayors for Peace“! – nichts entscheiden. Insofern kommt es im kommenden Jahr und darüber hinaus sehr auf die Friedensbewegung an, Abrüstung und eine friedliche Außen- und Innenpolitik durchzusetzen. Die Volksinitiative will einen (ge-)wichtigen Beitrag dazu leisten.

Die zuständige Behörde für Inneres und Sport hat mittlerweile gezählt und bestätigt, dass über 10000 gültige Unterschriften vorliegen. Jetzt wird der Senat sich dazu verhalten (müssen), ob er die Forderung der Volksinitiative übernimmt und umsetzt.

Die Kampagne macht im nächsten Halbjahr mit Veranstaltungen, Kultur, Publikationen und der Gewinnung von weiteren BündnispartnerInnen weiter und bereitet so die zweite Sammelphase vor, die nach jetziger Planung im September 2022 stattfindet. Im Sommer ist ein großes Tribunal gegen Rüstungsexporte geplant, voraussichtlich in Hamburg-Mitte.

Infos, Berichte, Photos und Termine zum Mitmachen findet Ihr unter: <https://ziviler-hafen.de/>

Das nächste Aktivenplenum findet am 4. Januar statt, alte und neue MitstreiterInnen sind willkommen.

Gunhild Berdal (AG Frieden und Internationale Politik), *auch Fotos*



Dies in einer Zeit, in der die Rüstungsexporte in der Welt, auch aus Deutschland, weiter zynisch gesteigert werden und sich die Rüstungsriesen daran regelrecht eine „goldene Nase“ daran verdienen. Das richtet in vielen Ländern täglich riesige Schäden an Menschen, Infrastruktur und Umwelt an und verhindert Zukunft und soziale Entwicklung. Auch hierzulande verschlingt der Rüstungsetat enorme Ressourcen, die besser in



## Fehlende und abgebaute Parkflächen Hamburg

Die Linke hat in ihrem Partei-Programm und auf den BMVen 2020 beschlossen, dass die Menschen, die ein Kraftfahrzeug besitzen, nicht als Einzelne einzig und alleine für den Klimawandel herangezogen werden dürfen. Halten und Parken ist in § 12 StVO geregelt. Aus § 12 StVO leitet sich jedoch kein Anspruch auf freie zulässige Parkflächen ab. Die Parkflächen werden durch Verwaltungsakte aus § 35 VwVfG durch die Bezirksämter normiert. Analog gilt jedoch auch das Zivilrecht des BGB im öffentlichen Recht. In der Rechtswissenschaft handelt es sich bei einer **Analogie** um eine ergänzende Auslegungsart, bei der eine von einem Tatbestand vorgesehene Regel auf eine einen anderen Tatbestand übertragen wird, wenn die Tatbestandsvoraussetzungen der vorgesehenen Regel nicht vorliegen, aber eine Lücke - Wertungslücke oder planwidrige Regelungslücke - vorliegt und es sich bei ähnlichen Sachverhalten um eine vergleichbare Interessenlage handelt. Eine Analogie wird also immer dann vorgenommen, wenn für einen bestimmten Sachverhalt keine Rechtsnorm existiert, eine andere Norm aber einen vergleichbaren Regelungsgehalt hat. Dieses ist z.B. im Fall der Parkflächen so zu betrachten in Hamburg. Eine Analogie setzt voraus, dass eine **Regelungslücke** besteht, die Interessenlage es gebietet, die Lücke i.S.d. vorhandenen Regelung zu schließen (sog. **Interessengleichheit**) und die Lücke **planwidrig** ist, d.h. vom Gesetzgeber eine entsprechende Regelung schlicht übersehen wurde.

Das ist auch beim Abbau von Parkflächen durch den rot-grünen Senat in Hamburg anzunehmen. Insbesondere durch die Verletzung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes aus Art. 20 GG beim Abbau von Parkflächen in Hamburg ist es der Fall. In einem Ballungsgebiet wie Hamburg gibt es seit vielen Jahren wenige noch verfügbare Flächen und Plätze. Der Klimawandel und die dazu gehörenden Maßnahmen gegen die Erwärmung unserer Erde müssen jedoch verhältnismäßig sein aus Art. 20 GG. In unserem Land leben inzwischen ca. 83 Mio. Einwohner. Dazu gibt es nun bereits insgesamt ca. 60 Mio. Kraftfahrzeuge, die entsprechend im Verhältnis Parkraum benötigen. Hier ist deutlich zu unterscheiden zwischen gewerblichen Fahrzeugen und privaten Fahrzeugen. Der Hauptanteil davon sind private PKW.

Quelle: BÜRGERSCHAFT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG Drucksache 20/11929 20. Wahlperiode große Anfrage/Antwort des Senats.

Diese Zonen sind in *Bewohnerparken* (§ 45 Absatz 1b Satz 2a StVO) und Sondernutzungserlaubnisse nach § 19 Hamburgisches *Wegegesetz* (HWG) unterteilt. Diese Regelung mag zwar für Wohnquartiere sinnvoll und zugleich zweckmäßig sein, nicht aber jedoch für die übrigen Gebiete Hamburgs, wo immer noch weiterhin akuter Parkraumangel vorherrscht. Fakt ist, dass die §§ 45 Absatz 1b Satz 2a StVO i.V.m. Sondernutzungserlaubnissen nach § 19 Hamburgisches *Wegegesetz* (HWG) nicht zu 100% das Parkraumproblem lösen. Es handelt sich hierbei vielmehr um Regelungen die im Ermessen der aus § 40 VwVfG regelnden Behörde liegen. Zudem hat sich ja auch längst gezeigt, dass heutzutage größere Einzelhandelsketten, die das Kapital haben, beim Bau neuer Filialen Kundenparkplätze errichten. Es müsste doch auch möglich sein, für alle anderen Stadtgebiete legalen Parkraum zu errichten und einen Paradigmenwechsel für alle vollziehen zu können. Die Ermessensausübung § 40 VwVfG führt aber durchaus auch zu Problemen, wenn hierdurch rechtliche Ermessensfehler passieren, die zur Rechtswidrigkeit führen können bei Verwaltungsakten aus § 35 VwVfG. Die rot-grüne Politik löst eben nicht Probleme, sondern schafft neue gravierende andere Probleme. Inzwischen parken viele dann eben im Halteverbot und sagen sich dann muss ich eben mit Verwarnungsgeld rechnen und bezahle das. Und genau dafür wurden die Verwarnungsgelder, die ja punktefrei sind in Flensburg, von 35,-€ auf bis zu 70,-€ erhöht durch die neueste Novellierung der Bußgelder. Genauso falsch wie die neu eingeführte Kostenpflicht der Park und Ride-Möglichkeiten der HVV-Parkhäuser, um dort wenigstens mit dem Kauf einer HVV-Fahrkarte seinen PKW abstellen zu können. Viele ehemalige Nutzer meiden die P+R-Häuser und parken eben woanders, um an den HVV keinerlei Parkgebühren entrichten zu müssen. Dieses führt eben wiederum nur zu einer Verlagerung der Probleme und andere Plätze werden dadurch nun zugeparkt. Durch den Klimawandel, sollten doch zukünftig bitte alle HVV P+R-Häuser für Kunden des HVV kostenlos sein, wenn diese eine HVV-Karte haben. Wie man es auch versucht anzugehen, ist es falsch. Es müssen vertretbare Lösungen für alle her. Bevor es nur noch Elektrofahrzeuge gibt, beginnt jetzt erst der Übergang 2021. Die Linke hat nun die Chance dazu.

**Roberto Perez Hagen**

---

*Es gibt kein Recht auf Parken im öffentlichen Raum Und es gibt auch nicht nur Autofahrer:innen -red*

## Termine in (und für) Mitte

*Bitte wg. Corona auf gesonderte Einladungen achten!*

### **Freitags, 17 – 18 Uhr:**

**Mahnwache** der Ini Gedenkort Stadthaus, ebendort, Ecke Neuer Wall

### **Dienstag, 04.01.22, 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**  
Bürgerhaus (Mengestraße 20, 21107 Hamburg)  
im **Raum 1.10 (1.OG.)**

### **Montag, 10.01., 16:30 Uhr**

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**  
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

### **Donnerstag, 13.01., 18:30 Uhr**

Treffen der **BO Billstedt**  
Büro Billstedter Hauptstraße 76  
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

### **Dienstag, 18.01., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**  
Bürgerhaus, Raum 1.10 (1.OG.)

### **Mittwoch, 19.01., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**  
**LAB, Hansaplatz 10 (neben der GW)**

### **Mittwoch, 19.01., 19:00 Uhr**

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**  
Büro Borgfelder Straße 83

### **Donnerstag, 20.01., 17:30 Uhr**

öffentliche Sitzung der **Bezirksversammlung**  
digital per Zoom

## Februar 2022

### **Dienstag, 01.02., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**  
Bürgerhaus, Raum 1.10 (1.OG.)

### **Donnerstag, 10.02, 18:30 Uhr**

Treffen der **BO Billstedt**  
Büro Billstedter Hauptstraße 76  
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

### **Montag, 14.02., 16:30 Uhr**

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**  
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

### **Dienstag, 15.02., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**  
Bürgerhaus, Raum 1.10 (1.OG.)

### **Mittwoch, 16.02., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**  
GW, Hansaplatz 9

### **Mittwoch, 16.02., 19:00 Uhr**

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**  
Büro Borgfelder Straße 83

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.  
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck  
fremdes@gmx.de

**Regelmäßig Montag und Donnerstag**, jeweils von 13 bis 15 Uhr:  
**Sozialberatung** im Abgeordnetenbüro Mehmet Yildiz, Billstedter Hauptstraße 76

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: [www.die-linke-hamburg.de](http://www.die-linke-hamburg.de)

## Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

### Bezirksvorstand:

### Telefon

### Mail

Andreas Grünwald (Schatzmeister)		
Nilüfer Aydin		
Alexander Benthin		
Maria Bronner		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Ruben Hittmeyer		
Jörg Otto		
Norbert Weber		
Petra Zepter		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	<a href="https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/">https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/</a>	
Im Netz:	<a href="http://www.die-linke-hamburg-mitte.de">http://www.die-linke-hamburg-mitte.de</a>	

**Spendenkonto** DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX